

BUCHHANDLUNG BUCHHOLCKEN
 16. v. KLEINMAYR & FED. BAMBERG
 ZENTNERSTRASSE 117

Redaction:
Bahnhofgasse Nr. 192.

Expedition- & Inseraten-
Bureau:

Congressplatz Nr. 81 (Buch-
handlung von Ign. v. Klein-
mayr & Fed. Bamberg.)

Inserationspreise

Für die einseitige Betitelle
à 4 fr., bei dreimaliger Ein-
schaltung à 7 fr., dreimaliger
à 10 fr.

Inserationspreis jedesmal
30 fr.

Bei größeren Inseraten und
öfterer Einschaltung entspre-
chender Rabatt.

Pränumerations-Preise:

Für Laibach:
 Ganzjährig . . . 8 fl. 40 fr.
 Halbjährig . . . 4 „ 20 „
 Vierteljährig . . . 2 „ 10 „
 Monatlich . . . — „ 70 „

Mit der Post:
 Ganzjährig . . . 11 fl. — fr.
 Halbjährig . . . 5 „ 50 „
 Vierteljährig . . . 2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vier-
teljährig 25 fr., monatl. 9 fr.

Einzelne Nummern 6 fr.

Laibacher

Tagblatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 112.

Freitag, 16. Mai 1873. — Morgen: Paskalis.

6. Jahrgang.

Die Schadenfreude der Gegner.

Wie die hungrige Meute auf das verendende Wild, stürzt sich mit lauten Halali die Rote der freiheitsfeindlichen Organe auf die über die wiener Börse hereingebrochenen Katastrophe und läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, über das Unglück Oesterreichs zu frohlocken und auf das herrschende Verfassungssystem loszuschlagen. Eine solche Fluth von Gemeinheit und Niedertracht wäre in keinem anderen Staatswesen denkbar, wie sie gegenwärtig im einmüthigen Chorus von ultramontanen, feudalen, czechischen und slovenischen Blättern über Verfassung und Regierung ausgegossen wird; in der Entwicklungsgeschichte der politischen Parteien würde man vergebens nach einem gleichen Vorgange suchen, daß eine derselben kein Bedenken trägt, aus einem Unglück, aus einer beklagenswerthen Katastrophe Kapital für ihre finsternen Zwecke zu schlagen. Patrioten diesen Schlags würden es freilich am liebsten sehen, wenn das gesammte Reich in seinen Grundfesten erbeben, wenn zur Börsenkrise auch eine Katastrophe über Handel und Verkehr hereinkäme, wenn alle productiven Unternehmungen stöckten, der Credit des Einzelnen wie des Staates unheilbar geschädigt würde. Dann erst wäre ihre Rachelust an der Verfassungspartei gekühlt, wenn die politische Machtstellung des Staates aufs neue erschüttert würde.

Daß die überstürzte Börsenjobberei kein dauerndes Glück begründen könne, daß die mit der Hast einer Parforcejagd sich folgenden Gründungen schließlich zu einer Katastrophe, zum „großen Krach“ und Zusammenbruch aller zweifelhaften Exi-

stenzen führen müsse, das nachzuweisen wurde die freisinnige Presse nicht müde. Wo immer Handel und Industrie sich eines raschen Aufschwunges erfreuen, bleiben solche Börsenstürme, wie sie jüngst über Wien hereingebrochen, niemals aus. Die gesteigerte Bewegung im Handel- und Verkehrswesen, die vermehrte Production wirthschaftlicher Werthe hat eben auch ihre Schattenseiten. In der Gesamtheit des raschbeschwingten modernen Gesellschaftslebens muß man letztere mit in den Kauf nehmen. Alle wirthschaftlich fortgeschrittenen Staaten, Holland, Belgien, Frankreich, die vereinigten Staaten und allen voran England haben wiederholt die gewaltigsten und gefährlichsten finanziellen, wie Handels- und Geschäftskrisen bestanden, welche nicht selten das wirthschaftliche Leben bis in seine Grundfesten erschütterten. Wie sollte Oesterreich, das erst vor kurzem aus dem feudalen Schutt zu wirthschaftlichem Leben sich emporgearbeitet hat, davon verschont bleiben.

Oesterreichs Verfassungspartei hat trotz des Widerstrebens mächtiger Parteien, trotz der Indolenz und geistigen Trägheit so mancher seiner Völkerschaften in zehn Jahren eine Riesenarbeit vollbracht, wozu andere Staaten Jahrhunderte brauchten. Sie hat nicht nur die politische Freiheit errungen und befestigt, die durch die feudale Wirthschaft preisgegebene Machtstellung des Reiches wieder hergestellt, den öffentlichen Credit gesichert, Schienenwege und Verkehrsadern bis in die entlegensten Theile der Monarchie gezogen, die Hilfsquellen des Landes, die Schätze des Bodens erschlossen, Handelsverbindungen mit allen Welttheilen angeknüpft, sondern durch Hebung des Schul- und Unterrichtswesens den ehe-

maligen Concordatsstaat auf eine Stufe mit allen civilisirten Ländern gebracht. Aber gerade dieser unerwartete Aufschwung auf allen Gebieten des staatlichen und wirthschaftlichen Lebens, dieser überraschende Fortschritt in einem Staatswesen, dem man noch vor kurzem nicht müde ward alle Lebensbedingungen abzuspreden, ließ alsbald das Vertrauen in die Beständigkeit der Blüthe als ein unbegrenztes erscheinen, ermutigte zu gewagten Experimenten, steigerte den Preis aller Waren, ließ jeden Werth ins ungemessene überschätzen, alle Mäßigung und weise Vorsicht in den Wind schlagen und spornte zu den waghalsigsten Unternehmungen. Die Börse war nicht mehr der Mittel- und Einigungspunkt der soliden Geschäftsleute, sondern der Sammelpunkt alles dessen, was das Reich an abenteuernden Speculanten, an verwegendem Glücksritterthum besaß. Nicht mehr der wirkliche Werth eines Objectes wurde im Auge behalten, sondern der anzuhoffende Gewinn, der erzielt werden konnte, wenn man das Speculationsobject einfach auf den Markt warf. Dieser Handel mit fictiven Werthen ist der Schwindel mit allen seinen nachtheiligen Folgen, der Schwindel, der das unentbehrliche vertheuern, das Leben der Familien vergiften, die heiligsten Bande zerstören hilft.

Das sind, wie gesagt, die Rehrseiten des volkswirthschaftlichen Aufschwunges, und sie sind noch keinem Staatswesen erspart geblieben. Wie sollte Oesterreich, das sich noch in den Kinderschuhen politischer und volkswirthschaftlicher Entwicklung bewegt, davon eine Ausnahme bilden, wie sollte gerade ihm das Lehrgeld erspart bleiben? Aber es ist eine bodenlose Frechheit, bei einer weitreichenden,

Fenilleton.

Volkserziehung der Nordamerikaner.

I.

In den vereinigten Staaten von Nordamerika ist auch bezüglich des Volksunterrichtes der Grundsatz der Decentralisation und der Selbstregierung vollkommen durchgeführt.

Die Bundesregierung hat mit der Volkserziehung in den einzelnen Staaten nicht das geringste zu schaffen und die Bundesvertretung kümmert sich um die Schulen nur insofern, als sie denselben aus den öffentlichen Ländereien Mittel zur Bestreitung der Kosten bewilligt.

Seit neuerer Zeit besteht auch in Washington das Amt eines Commissärs des Erziehungswesens, dessen Geschäft aber in der That sich auf Sammlung von statistischen Daten inbetreff des Volksunterrichtes in den Vereinigten Staaten beschränkt.

In den einzelnen Staaten greift die Regierungsgewalt durch die gesetzgebende Körperschaft in das

Volkserziehungswesen nur durch allgemeine Vorschriften ein, indem sie vor allen Dingen durch die Steuergesetzgebung für die Aufbringung der nöthigen Kosten des Schulunterrichtes und für die Errichtung der zur Vertheilung und Verwaltung der Fonds erforderlichen Behörden sorgt, deren Erwählung dann den einzelnen Gemeinden überlassen bleibt.

Die Einwohner der Schuldistricte wählen sich einen Schulrath, welcher die Lehrer anstellt und die sonst nöthigen Anordnungen inbezug auf die Erbauung von Schulhäusern und die Führung der Schule selbst trifft.

In der Regel wird durch allgemeine Geseze in den einzelnen Staaten ein Minimum der an die Volksschule zu machenden Anforderungen, namentlich auch inbezug auf die Zeit, während welcher das Jahr hindurch Schulunterricht erteilt werden muß, festgesetzt, die Frage der Unentgeltlichkeit des Unterrichtes und der Berechtigung der Kinder zum Schulbesuche, die Confessionslosigkeit der Schule u. s. w. erledigt.

Trotz der großen Mannigfaltigkeit, welche auch in dem öffentlichen Unterrichtswesen der einzelnen

Staaten herrscht, gibt es doch eine Uebereinstimmung der obersten Grundsätze und findet man überall die Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, die Confessionslosigkeit der Schule und den Mangel von Zwang zum Schulbesuche.

In dieser letzteren Beziehung gilt anstatt einer Schulpflicht eine Schulberechtigung, indem jedes Kind von einem gewissen Alter das Recht hat, unentgeltliche Erziehung und Unterricht in den öffentlichen Schulanstalten zu verlangen, und der Staat, beziehungsweise die Gemeinde einen Zwang zum Unterrichte erst dann ausübt, wenn ein Kind in eine Reformschule aufgenommen wird, weil es entweder die Strafgeseze verlegt hat oder ohne elterliche Fürsorge einem Vagabundenleben anheim gefallen ist.

Ein vortreffliches Lockmittel, welches dort angewendet wird, besteht darin, daß man den Kindern die Schule anziehend und comfortabel macht. Dem Kinde des Reiches muß das Schulzimmer, wenn auch einfacher, doch ebenso freundlich erscheinen, als die Wohnstube seiner Eltern, und das Kind des Armen muß die Schule zu allen Jahreszeiten angenehmer finden, als seine heimathliche Behausung.

zahlreiche Kreise berührenden Calamität Jubel-
hymnen anzustimmen, bei einer Börsenkrise den Ban-
kerott des Staatswesens in die Welt hinauszuführen,
den Sturz der Regierung und die Beseitigung der
Verfassung zu fordern! Bleibt nicht trotz des augen-
blicklichen Unglücks des Soliden und Unerstürm-
lichen, das die jüngste Epoche des Staatslebens
geschaffen, genug. Das hergestellte Gleichgewicht in
unserm Staatshaushalte, die Industrie, die mit
Erfolg den Weltkampf mit den fortgeschrittenen
Nationen aufnimmt, der Ausbau des Eisenbahn-
netzes, die productive Thätigkeit in allen Gebieten,
zu der sich die Bevölkerung aufgeschwungen, das
aufblühende Schulwesen, das geistig geweckte Bür-
gerthum, ist das alles nichts als Börsenschwindel?

Es gehört die ganze moralische und geistige
Verkommenheit unserer freisöldnerischen Parteien
dazu, um wegen einer Börsenkrise alles das mit
einem Federstrich hinwegzuescamotieren und von
„Weltausstellungshumburg“ und vom „Sedan der
Verfassungspartei“ zu fasseln. Freilich möchten die
Herren gar zu gerne aus der Börsenkrise eine Reichs-
krise in Szene setzen, den localen Brand dadurch
erstickten, daß sie Staat und Verfassung in Feuer
und Flammen setzen. Darum sind sie nicht gut
zu sprechen auf die Maßnahmen, welche die Regie-
rung mit der zeitweiligen Abänderung der Bankakte
gegen das Hereinbrechen einer ökonomischen Krise ge-
troffen. Mit einer Perfidie sondergleichen geben sie
der Regierung schuld, sie leiste auf Kosten der Steuer-
träger den Börsenjobbern Vorschüsse zur Wieder-
aufnahme des Spieles oder zur Deckung ihrer Ver-
luste. Nein, ihr Herren, die Maßregel hat den aus-
gesprochenen Zweck, dadurch, daß man ehrlichen und
soliden Unternehmungen unter die Arme greift, zu
verhindern, daß nicht der gesunde ehrliche Erwerb ins
Stocken gerathe. Singe es nach dem Wunsche un-
serer Gegner, so müßte die Börsenkrise alle Ge-
schäftskreise erfassen, die Fabriken, die großen Han-
delsfirmen gesperrt, tausende von Arbeitern brodlos,
alle Schichten der Gesellschaft in das sociale Elend
hineingestoßen werden. Das zu verhüten, hat der
Kaiser die Anordnung getroffen, daß die beschränkte
Notenausgabe zeitweilig aufhöre. Dafür zu sorgen,
daß vor dem plötzlich hereingebrochenen Börsenorane
geschirmt und erhalten bleibe, was wurzelfest und
lebenskräftig ist, war Pflicht der Regierung, und daß
die getroffene Maßregel ihre wohlthätige Wirkung
nicht verfehlt hat, zeigt das rasch wiedergekehrte
Vertrauen.

Wenn aber die reichsfeindlichen Blätter sich
gar zu der Behauptung versteigen, unter einem fö-
deralistischen Ministerium, unter einem Handels-
minister Schäffle wäre die jüngste Katastrophe ein
Ding der Unmöglichkeit gewesen, weil die Regie-
rung dem Schwindel rechtzeitig und energisch ent-
gegentreten wäre, so genügt es daran zu erinnern,

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, wird sehr
viele auf die Schulhäuser verwendet. Dieselben
sind in der Regel vierstöckige Gebäude, mit vier
Schulzimmern auf jeder Flur. Diese Zimmer sind
13 bis 14 Fuß hoch und 33 Fuß lang, bei einer
Breite von 27 Fuß. Sie sind für je 63 Schüler
eingerrichtet, welche nicht auf Bänken hart aneinan-
der gedrängt sitzen, sondern mit besonderen befestig-
ten Pulten und Stühlen versehen sind, welche in
sieben Reihen hintereinander angebracht sind, so daß
zwischen jeder Reihe ein Gang für den Lehrer ist,
welcher Gang den Schüler von seinem Nachbar
trennt.

Dies erleichtert selbstverständlich nicht bloß die
Handhabung der Disciplin, sondern trägt auch sehr
zur Erhaltung der Gesundheit bei. Auf die letztere
wird überhaupt große Rücksicht genommen. Der
Amerikaner legt im allgemeinen viel Gewicht auf
eine gute Ventilation. Gesunde Luft ist zum Leben
des Menschen unumgänglich nothwendig, besonders
auch für den in der Entwicklung begriffenen Menschen.

daß das Siftierungsministerium nicht einmal Miene
machte, einer Krise mit der im Gesetze vorgesehenen
Suspension der Bankakte zu begegnen, sondern frisch
darauf los die Staatsnotenpresse in Bewegung setzte,
eine Calamität, welche noch heute die Ordnung des
Staatshaushaltes aufhält. Dann dürfte es wohl
auch satfam bekannt sein, daß gerade an der Spitze
der Schwindelunternehmen in der Regel einige aristo-
kratische und feudale Namen stehen, daß sich die
Matadore der Föderalistenpartei durchaus nicht vom
Börsenschwindel ferngehalten, ja sogar beim Kessel-
treiben soviel Leute als möglich für sich abzufangen
vertranden. Es geht also durchaus nicht an, die
Katastrophe einzig und allein auf das Sündenconto
der Verfassungspartei zu setzen und augenver-
drehend zu rufen: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht
bin, wie einer von diesen.“

Wir aber wollen hoffen, wenn das Unwetter
die Geschäftskreise von unlauteren und schädlichen
Elementen gesäubert, daß es uns zur Lehre dienen
werde, daß im wirtschaftlichen Leben Mäßigung und
Einsicht wiederkehren und die überhastete Jagd nach
Gewinn und Reichthum echt bürgerlichem Fleiße,
ernster Arbeit und werthätigem Schaffen platz-
machen werde.

Politische Rundschau.

Laibach, 16. Mai.

Zuland. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht
die kaiserliche Verordnung vom 13. Mai,
durch welche mit Bezug auf den § 14 des Grund-
gesetzes über die Reichsvertretung der § 14 der Statuten
der Nationalbank zeitweilig abgeändert wird. Dadurch
wird die Nationalbank ermächtigt, statutengemäß
Wechsel zu escomptieren oder Effecten zu belehnen,
ohne an die Beschränkungen des Artikels 14 der
Bankakte über die Bedeckung der auszugebenden
Noten gebunden zu sein. Beim Wiederzusammen-
tritte des Reichsrathes ist das Gesamt-Ministe-
rium, welches die Verordnung contrasigniert hat,
verpflichtet, sich über die getroffene Maßregel die
Zudemnität zu erwirken.

Gleichzeitig veröffentlicht das Amtsblatt eine
Note des Finanzministers an den Bankgouverneur,
in welcher betont wird, die Regierung habe sich zu
dieser Maßregel veranlaßt gefunden, damit die herr-
schende Krisis sich nicht zu einer nachhaltigen Ge-
fährdung des Handels und der Industrie steigere.
Die Note schließt mit den Worten: „Indem ich mich
beehre, Eure Excellenz hievon in Kenntnis zu setzen,
muß ich ausdrücklich betonen, daß die Absicht der
Regierung lediglich dahin gerichtet ist, durch diese
außerordentliche und selbstverständlich nur auf die
Dauer der äußersten Nothwendigkeit be-
schränkte Maßregel der Erschütterung des Vertrauens
in den zahlungs- und creditfähigen
Kreisen vorzubeugen und größere Calamitäten abzu-
wenden.“

Ich darf mich wohl der sicheren Erwartung
hingeben, daß die löbliche Nationalbank von dem ihr
hiemit eingeräumten Rechte nur insoweit Gebrauch
machen wird, als es nothwendig ist, ernstern Ver-
wicklungen vorzubeugen.“

In äußerst praktischer Weise geht die Ver-
fassungspartei in Steiermark bei der Wahl-
organisation vor. Das Central-Wahlcomité,
in welchem alle Schattierungen vertreten sind und
das danach die Gesamtheit der Verfassungspartei
vertritt, entsendet Vertrauensmänner in jeden Reichs-
raths-Wahlbezirk. Diese Vertrauensmänner, die
mit einer vom Comité ausgearbeiteten Instruction
versehen sind, sollen den Contact zwischen den letz-
teren und der Bevölkerung vermitteln. Wir können
nur wiederholt betonen, daß sowohl die Bildung
dieses Central-Wahlcomités als auch dessen bis-
herige Thätigkeit ohne jeden Miston geblieben ist,
obgleich unter den Mitgliedern desselben sonst mancher
politische Dissens obwalten mag. Die Verfassungspartei
in Steiermark ist sich eben bewußt, daß an
ihrer Einmüthigkeit bei den Wahlen nicht gefrevelt
werden darf.

In Ungarn nimmt die Frage der kirchlichen
Autonomie das allgemeine Interesse augenblicklich
in erhöhtem Maße in Anspruch. Am 9. M. ver-
sammelten sich in Miskolcz zur Feier des 50-jährigen
Jubiläums des B. N. Bay Vertreter aller
protestantischen Convente in Ungarn, und beschlossen,
eine derartige Vereinigung sämmtlicher Superinten-
denzen anzustreben, daß diese in die Lage kommen,
die Angelegenheiten der protestantischen Kirche mit
gemeinsamen Kräften zu verwalten. Auch will man
die Regierung in dem Sinne unterstützen, daß die-
selbe bei der Forderung der Autonomie anderer Con-
fessionen in der protestantischen Kirche einen Rück-
halt gegen die clericale Reaction finde. Andererseits
ist am 14. d. in Karlsburg die katholische Stände-
versammlung zusammengetreten; nächster Zweck dersel-
ben ist die Wahl jenes Katholikenausschusses, der
die Güter der katholischen Stände zu verwalten
haben wird; aber gleich anfangs wurden Stimmen
laut, welche die Frage der Organisation der Auto-
nomie erörtert haben wollen, und in einer der ersten
Sitzungen sollte die Entscheidung getroffen werden.
Endlich beschäftigt man sich, wie man aus Pest
schreibt, im ungarischen Cultusministerium ernstlich
mit der Absicht, den serbischen Kirchencongreg zur
Metropolitanwahl in nächster Zeit, und zwar dies-
mal nach Ofen einzuberufen, um ihm das Verathen
außerhalb der Atmosphäre beirrender localer Ein-
flüsse zu ermöglichen.

Ausland. Die Rückkehr des Kaisers Wil-
helm nach Berlin ist durch bedeutsame Ent-
schlüsse bezeichnet. Die kirchenpolitischen Ge-
setze haben die Sanction erhalten und sind damit
vollständig und bleibend gesichert. Die „National-
Zeitung“ knüpft an diese erfreuliche Thatsache den
Wunsch, „daß der Regierung niemals die Kraft bei
der Ausführung fehlen und daß sie, gestützt auf den
guten und festen Sinn unseres Volkes, dessen Re-
ligiosität innerhalb des eigenen Staates seine volle
Befriedigung findet, in ihren Handlungen sich nie-
mals von solchen Zweifeln der Schwäche angefaßt
lasse, wie sie leider schon einmal die preussische Po-
litik römischer Annäherung und priesterlicher Herrsch-
sucht gegenüber zum Schaden des Staates gelähmt
haben.“

Kaum weniger wichtig als der „Vollzug“ der
kirchenpolitischen Gesetze ist die Ernennung des Dr.
Achenbach zum Handelsminister. Die meisten
liberalen Blätter begrüßen sie mit aufrichtiger Be-
friedigung. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Das Er-
pose seiner Eisenbahn-Politik wird die entgegenkom-
mende Haltung eines Theiles des Abgeordnetenhauses
zur Folge haben. Unter solchen Vorbedingungen wird
Dr. Achenbach immerhin eine gute Position ein-
nehmen. Unser Eisenbahnwesen muß nicht bloß von
sogenannten ehrlichen, sondern von wahrhaft ge-
schickten Händen geleitet werden, wie dies die fatalen
Erfahrungen der letzten Jahre bewiesen haben.“

Die letzten Wahlergebnisse aus den vier
französischen Departements, in welchen neue
Deputierte zu wählen waren, liegen jetzt im großen
und ganzen vor und lassen keinen Zweifel mehr
übrig, daß das radical-republikanische Ele-
ment über die weitaus überwiegende Majorität der
Wähler verfügt. Selbst in der Charente-Inferieure,
dem letzten Schlupfwinkel der Bonapartisten des
festländischen Frankreich, ging der ehemalige Präfect
des Kaiserreiches, Boffinton, im ganzen mit nur
etwas über dreitausend Stimmen Majorität durch.
Er erhielt 49.822 Stimmen gegen 46.416, welche
auf den republikanischen Candidaten Rigaud fielen.
Dabei ist noch zu bemerken, daß in allen Städten
und Städtchen auch dieses Departements die Re-
publikaner in entschiedener Majorität waren. In den
übrigen Departements, wesentlich in dem der Rhone
(Rhon), war die radicale Majorität geradezu eine
erdrückende. In Rhon standen 88.000 radicale Stim-
men gegenüber 15.000 Stimmen der geeinigten Frac-
tionen der Monarchisten und Clericalen. In der
Haute-Vienne erlitt die bisher so wohl accre-
ditirte Dynastie des verstorbenen Orleansisten Saint-

Marc Girardin eine schwere Niederlage. Dessen Sohn unterlag mit 17.490 Stimmen gegen den Republikaner Périn, welcher deren 32.102 erhielt.

In der Schweiz gedenkt man jetzt die Römlinge mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Da nur, so wird aus Bern berichtet, ein geringer Theil der katholischen Bevölkerung des Jura die päpstliche Encyclica nebst Syllabus von 1864 kennt, die bürgerlichen und städtischen Consequenzen derselben also wenig bekannt sind, so hat der Regierungsrath beschlossen, eine angemessene Anzahl Exemplare der letzthin in Genf mit Commentar herausgekommenen französischen Ausgabe der beiden Altentstücke zur Vertheilung im Jura anzulassen.

Das Befinden des Papstes muß wohl sehr besorgnißerregend sein, wenn er sich eine passende Gelegenheit zu einer rhetorischen Sprechübung hat entgehen lassen müssen. Am 13. d. war der 81. Geburtstag des heiligen Vaters; eine Menge von Gratulanten fand sich in Vatican ein, mußte aber unverrichteter Sache wieder abziehen, da der Patient infolge einer Verschlimmerung seines Zustandes niemanden vorlassen konnte.

Die russische „Börsezeitung“, das Organ der Panlawisten, erblickt in dem Besuche des deutschen Kaisers in Petersburg ebenfalls eine Friedensbürgschaft. Nichtsdestoweniger sucht das Blatt nach Gründen, um die enorme Waffenbereitschaft Rußlands und Deutschlands zu erklären, und es findet dieselben in dem Umstande, daß ein äußerer Feind vorhanden sei, welcher nicht nur Europa, sondern die gesammte christliche Gesellschaft bedroht. Dieser Feind sei der Islam, der schon seit mehreren Jahren China zu überschwemmen trachte und, sofern ihm dies gelinge, Europa, wie im Mittelalter, überfallen werde. Es sei daher nötig, daß Europa einen neuen Kreuzzug gegen die Moslems unternähme, wo immer es sie finde. Schließlich bekennt sich das Blatt zu dem Glauben an die Friedensabsichten der beiden Souveräne und an das Genie Bismarcks, will aber dafür dann erst dankbar sein, wenn es sehen wird, daß diese Freundschaft länger dauern und der Welt einen anhaltenderen Frieden gewähren wird, als derjenige war, dessen sie sich bisher zu erfreuen hatte.

Zur Tagesgeschichte.

— In den letzten Tagen ist ein hochbedeutendes und überaus werthvolles literarisches Unicum für Deutschland gewonnen worden. Herr Dr. Ebers, Professor zu Leipzig, hat bei seinem jüngsten Aufenthalt in Egypten, von dem er vor wenigen Tagen zurückgekehrt ist, zu Theben eine Papyrosrolle erworben, die zu den interessantesten und wichtigsten Denkmälern aus der Pharaonenzeit gezählt werden darf. Sie gebt zu den ältesten hieratischen Papyros und ist, obgleich sie vor etwa 3400 Jahren geschrieben ward, so wohl erhalten, daß auf den 110 Seiten, die sie enthält, kein Buchstabe fehlt. Gehört schon die so vollkommene Conservierung eines alten Papyros zu den höchsten Seltenheiten, so ist auch die Größe dieses ehrwürdigen Schriftstücks ganz ungewöhnlich und sein Inhalt derart, daß sich durch ihn nach vielen Richtungen hin die allerwichtigsten Aufschlüsse erwarten lassen. Mit dem Papyros Ebers ist ein vollständiges Handbuch der altägyptischen Medizin auf uns gekommen, welches die Leiden eines jeden Körperteils so behandelt, daß zunächst die Krankheiten beschrieben und dann die zu ihrer Heilung tauglichen Medicamente quantitativ und qualitativ angeführt werden. Daß es der alte, priesterliche Arzt, der dieses Handbuch verfaßte, dabei nicht an magischen und religiösen Verordnungen fehlen läßt, versteht sich von selbst. Neun Seiten sind allein den Augenkrankheiten gewidmet, in deren Behandlung sich die alten Egyptianer, wie ihnen das selbst von den Griechen bezeugt wird, vor allen Völkern des Alterthums ausgezeichnet haben sollen. Ein anderer physiologischer Abschnitt ist nicht minder merkwürdig für die Geschichte der Medizin, für die der Papyros Ebers als älteste für jetzt vorhandene Quelle von hoher Wichtigkeit zu werden verspricht.

In einer wissenschaftlichen Anzeige, welche der Findex bei seiner Heimkehr in der Beilage der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte, theilt er den Inhalt der wichtigsten Abschnitte dieses uralten Werkes mit, das auch dem Wörterbuche der alt-ägyptischen Sprache unschätzbare Beiträge zuführen wird. Während in letzter Zeit fast alle Papyros von ungewöhnlicher Größe und Schönheit in den Besitz des Britisch Museum übergegangen sind (vor wenigen Monaten der Papyros Harris für 3000 Pfund Sterling), so verbleibt der Papyros Ebers, welcher wohl nur von zwei anderen Denkmälern dieser Art an Größe und von keinem an Schönheit übertroffen wird, in Deutschland. Se. Majestät der König von Sachsen hat ihn für die Bibliothek der leipziger Universität erworben, und die Publication dieses großartigen literarischen Denkmals durch den Findex selbst steht in wenigen Monaten bevor.

— Eine Käuherhauptmannin. Auf der pariser Polizeipräfector wurde jüngst eine Gaunerbande eingeliefert, die einige Tage vorher in Bordeaux verhaftet worden war und deren hauptsächlichstes Mitglied ein Weib ist. Die Nachfolgerin Fiorellas, der Tochter des berückigten Bandenchefs Falsacappa, nennt sich Emma Brewer, zuweilen hieß sie auch Laurence, ein ander mal Wilson, und wenn es ihr nötig schien, Elisabeth Gray. Emma Brewer ist 35 Jahre alt und, nebenbei bemerkt, sehr hübsch. Ihr Debut fand im Jahre 1859 statt, bei welcher Gelegenheit sie Diamanten im Werthe von 10.000 Francs entwendete. 1864 machte sie eine Kunstreise nach Brighton, wurde aber gelegentlich eines großen Diebstahls ertappt und zu fünf Jahren Arbeitshaus verurtheilt. Nachdem sie ihre Freiheit wieder erlangt hatte, kehrte sie nach Frankreich zurück, organisierte eine Diebstahlgesellschaft und führte eine Anzahl von Diebstählen aus, die sich auf Summen von 30 bis 60.000 Francs beliefen. Ihre Hauptbühler nannten sich Georges Court, John Shrimps und Walter. Vor sechs Wochen wurde Shrimps in Bordeaux arreliert und auf seine Aussagen hin begann die Verfolgung der Emma Brewer, deren man vor einigen Tagen nebst mehreren ihren Complicen habhaft wurde. Die saubere Gesellschaft hat sich wegen einer enorm großen Anzahl von Diamanten-Diebstählen zu verantworten.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (In das Straßencomité) Bezirk Umgebung Laibach wurden gewählt die Herren: Ritter von Gariboldi (Schischka), Jomnil (Zwischenwässern), Knez (Waisch), Majit (St. Martin), Wodnil (Saloch), Kofchier (Vrelovig), Gams (Einöd), Radic (Zwischenwässern), Marjan (Schischka).

— (Das Leichenbegängnis Maschets) gestern Nachmittag gestaltete sich durch die Mitwirkung des Männerchores der philharmonischen Gesellschaft, welcher vor dem Trauerhause und am Grabe ergreifende Trauerchöre sang und mit strompflüthter Fahne dem Sarge folgte, durch die Begleitung der Schuljugend, die Vertreter der Schulen, der Lehrerbildungsanstalt, des Gemeinderathes und Landesausschusses, sowie durch die Ausstattung des Conductes von Seite des Herrn Doberlet zu einer würdigen Todtenfeier.

— (Die morgige Ausführung der „Norma“) ist, wie wir aufs bestimmteste erfahren, die letzte, und dieser Umstand im Vereine mit dem mächtigen Eindruck, welchen die erste Aufführung allerorts hervorgerufen, läßt es erklärlich erscheinen, daß die Nachfrage nach Sigen eine äußerst lebhaft ist und nur mehr wenige zu haben sind.

— (Spende.) Die Versicherungsgesellschaft „Riunione adriatica di sicurtà“ in Triest hat der freiwilligen Feuerwehr für die Hülfeleistung beim Brande in Oberschischka den Betrag per 20 fl. gespendet.

— (Bestlegelscheiben.) Von Sonntag den 17. bis Montag den 26. d. M. findet um 9 Uhr abends im Gosthausgarten Eck der Triesterstraße Nr. 58 ein Bestlegelscheiben statt, dessen Reinertrag zur Anschaffung eines Mannschaftswagens für die freiwillige Feuerwehr bestimmt ist. In Anbetracht des humanen

Zweckes hat der Gastwirth, Herr Mariacher, in zubor-tommender Weise seine Regelbahn unentgeltlich zur Verfügung gestellt, und wünschen wir, daß sich die Freunde der Feuerwehr und des Regelscheibens daran recht zahlreich theilnehmen.

— (Aus dem Vereinsleben.) Sonntag den 25. Mai nachmittag um 2 Uhr findet im Vereinslocale die dritte ordentliche Jahresversammlung des Arbeiterbildungsvereines statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Obmannes. 2. Rechenschaftsbericht und Berichte der Sectionen. 3. Antrag des Ausschusses betreffend die Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse. 4. Antrag des Ausschusses auf Ernennung von 2 unterstützenden Mitgliedern. 5. Neuwahl des Ausschusses. 6. Allgemeine Anträge.

— (Die Direction der Kronprinz Rudolfsbahn) hat ihre Beamten aufgefordert, anzugeben, wann sie einen Urlaub behufs Besuches der wiener Weltausstellung anzufuchen beabsichtigen, um einen gewissen Turnus bei Ertheilung der Urlaube, womöglich mit Berücksichtigung der Wünsche der Beamten, aufstellen zu können.

— (Disciplinar-Behandlung der Volksschullehrer.) Inbetreff der Competenz der Schulaufsichts-Organe in Disciplinarfällen bei Volksschullehrern hat der Minister für Cultus und Unterricht eröffnet, daß das Recht, Volksschullehrer in Disciplinaruntersuchung zu ziehen und diese durchzuführen, sich von der Bezirksschulaufsicht, ohne die Zwecke dieser Institution zu vereiteln, absolut nicht trennen lasse. Diese Auffassung findet auch in dem vom niederösterreichischen Landtage beschlossenen Schulaufsichtsgesetze Geltung, dessen § 22 das Disciplinarrecht gegen Lehrer auf die Bezirksschulräthe überträgt. Die Ueberweisung des Disciplinarrechts an den Landeschulrath ließe sich übrigens auch aus dem Landesgesetze über die Rechtsverhältnisse der Lehrer in der That nicht folgern, weil dieses die Frage, wer die Disciplinarfehler der Lehrer zu untersuchen habe, nicht berührt. Der Anschauung, daß der Bezirksschulrath zu dem Beschlusse, Volksschullehrer aus Dienstverhältnissen ohne Schwämmerung der Bezüge an andere Schulen zu versetzen, nicht competent sei, steht der ausdrückliche Wortlaut des § 16 des Landesgesetzes über die Rechtsverhältnisse der Lehrer entgegen. Ueber die Frage, ob die Bezirksschulräthe zu einer Beschwerde, respective zu einem Recurse gegen eine Entscheidung des Landeschulraths berechtigt sind, hat der Minister für Cultus und Unterricht bemerkt, daß den Bezirksschulräthen gegen Entscheidungen der Landeschulbehörden grundsätzlich ein Recursrecht nicht zusteht, jedoch Vorstellungen an die oberste Unterrichtsbehörde nicht ausgeschlossen seien. Von dem Rechte der Vorstellungen an das Ministerium können die Bezirksschulräthe selbstverständlich nur unter gleichzeitigem Vollzuge der höheren Entscheidungen Gebrauch machen.

— (Extrazüge zur Weltausstellung.) Das Weltausstellungs-Centralbureau für Reise und Wohnung in Wien läßt am 17., 21. und 31. Mai l. J. von Triest aus auf der Südbahn Extrazüge nach Wien abgehen. Fahrkarten werden an der Stationskasse zu Laibach, und zwar zweiter Klasse à 19 fl. und dritter Klasse à 12 fl. für Hin- und Rückfahrt und Wohnungs-, Ausstellungs- und Bergnügungsarten auf die Dauer von vier Tagen für 1 Person à 21 fl., 2 Personen à 29 fl. und 3 Personen à 37 fl. im Annoncenbureau in Laibach, Hauptplatz 313, ausgegeben. Diese Extrazüge treffen am 17., 21. und 31. d. um 2 Uhr 20 M. nachmittags von Triest in Laibach ein und gehen um 2 Uhr 55 M. nachmittags von Laibach nach Wien ab.

— (Ein jugendlicher Falschmünzer.) Aus Rann schreibt man der „N. Fr. P.“ In der Ortsgemeinde Breje ist man sehr primitiven Münzfälschungen eines kaum zwölfjährigen Kindes auf die Spur gekommen, die indessen trotzdem eine gerichtliche Untersuchung zur Folge haben. Die Art und Weise, in welcher der zwölfjährige Fälscher seine Fälschate verfertigte, macht nicht den Eindruck, als sei es ihm um wirkliche Verausgabung derselben zu thun gewesen;

